

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa.  
General Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wittenberg, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1330.  
Witzstraße  
Riesa Nr. 23.

Nr. 12.

Wittwoch, 15. Januar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Rundschreibzelle (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; je trauben- und tabellarischer Satz 50%, Kustlag, feste Tarife. Gewählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dager & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Riesa.



Reichsbankpräsident Dr. Schacht.

## Die Krise um Schacht.

Die Tatsachen, daß Schacht im Haag fast eine Krise heraufbeschwor und als Diktator der Reichsbank es entschieden abgelehnt hat, der Reparationsbank beizutreten, daß er einen Brief des Reichsbankdirektoriums mit Bedingungen vorlegte, die rein politischer Natur waren und Forderungen stellte, die gar nicht in das Gebiet des Herrn Schacht fielen, daß alles weiß man inzwischen. Nun aber erleben viele in Deutschland, die auf Herrn Schacht schworen, eine herbe Enttäuschung. Man wird zugeben, daß zunächst die Sozialdemokraten durch den Vorwärts entschiedene Stellung gegen Schacht nahmen, sich seinen Eingriff in die innerdeutsche Politik verboten und darauf drängten, daß das Reichsbankstatut abgeändert werde in der Richtung, daß Herr Schacht nicht mehr Kleinherrscher bleibe. Wir haben aber auch rechtzeitig auf das Doppelspiel des Reichsbankpräsidenten hingewiesen, ohne verdächtig zu sein, dem Vorwärts nachzusehen zu wollen. Heute können wir aus den bisher vertraulich behandelten Erklärungen einiges verraten, was unsere Haltung erklären wird.

Der Vorstoß Schachts gegen die Regierung durch die Veröffentlichung des Memorandums war die konsequente Fortsetzung der Politik, die Schacht bisher betrieben hatte. Wir lagen mit Absicht: Politisch. Tatsächlich vertrat Schacht als Delegierter stets Politik zu machen. Es ist wenig bekannt, daß Stresemann ihn im Haag zur Ordnung rufen mußte, und daß sich Schacht damit rühte, daß er über die deutsche Delegation verbreitete. Nicht von diesem Zeitpunkt führt die ausgesprochene Feindschaft zwischen Schacht und Dr. Curtius, aber sie begann bereits bei der letzten Haager Konferenz. Sie spitzte sich zu, als Schacht es in Berlin ebenso machte wie im Haag, über Curtius in der Berliner Gesellschaft Dinge erzählte, die diesen kränken mußten. Das ist eine rein persönliche Sache, aber sie greift in die Politik über. Schacht war beleidigt, daß er bei den Vorbereitungen zu der Young-Konferenz nicht genug gehört wurde und empfand es als eine Kränkung, daß Silberling mit einer amerikanischen Bank Kredit-Verhandlungen begann, ohne Herrn Schacht davon wissen zu lassen. Er war beleidigt, daß er nicht gefragt wurde, als das Liquidationsabkommen mit Polen und England getroffen wurde und der deutsche Unterhändler Dr. Ritter mit Zielien das Marktabkommen zustande brachte.

Diese Punkte gaben ihm dann Grund, sich gegen den Youngplan anzupöbeln, als die Schlussverhandlungen vor der Tür standen. Er verlangt ja: Wiederherstellung des Youngplans, Aufhebung aller Sanktionsmöglichkeiten und Regelung der Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums. Er begibt sich also direkt auf das politische Gebiet, von dem man ihn fern zu halten versuchte.

Dadurch, daß er die Regierung zwang, ihn mit der Beschaffung des Kredits für das Reich zu betrauen und sich auf einen Amortisationsfonds festzusetzen, war Mittel zum Zweck, das heißt, es sollte der Regierung bewiesen werden, daß sie ohne ihn nichts machen könne. Die Regierung hat sich auch zunächst einschüchtern lassen, aber mehr aus der Bewunderung heraus den Forderungen Schachts entsprochen. Sie hat versucht, ihn als Delegierten nach Haag zu senden, weil sie wußte, daß er sonst aus dem Hinterhalt das schwerste Geschütz anschießen würde. Daß er aber, nachdem er einmal abgelehnt hatte, als Finanzsachverständiger seine eigenen Wege gehen und die Reichsbank einfach von einer Teilnahme an der Reparationsbank ausschalten würde, hat man nicht erwartet. Es verdient nämlich darauf hingewiesen zu werden, daß Herr Schacht bei den Baden-Badener Verhandlungen um die Reparationsbank eine große Rolle spielte und dort immer die Meinung aufkommen ließ, daß selbstverständlich die deutsche Reichsbank der Reparationsbank beitreten werde. Man will jetzt behaupten, Schacht hätte bisher auch die Absicht gehabt, keine Schwierigkeiten zu machen, sondern plötzlich den Entschluß gefaßt, sich der weiteren Mitarbeit zu verweigern. Diese Behauptung hat das für sich, daß die politischen Reibungen

## Die Bedeutung des Schachtbriefes

Der Brief vom 31. Dezember, der in der Erörterung der Vorgänge im Haag eine besondere Rolle spielt, ist von Dr. Schacht an Reynolds gerichtet und stellt die Befähigung mündlicher Erklärungen dar, die er an den Vertreter des Vorstehenden des Organisationsausschusses abgelehnt hat. Er hat verschiedenen Rabinetsmitgliedern von dem Inhalt des Briefes und seiner vorangegangenen Besprechung zur Abwendung des Briefes aber zu einem Zeitpunkt und unter Umständen Kenntnis gegeben, wo irgendeine Einwirkung von den Unterzeichneten nicht möglich war. Er wurde von zutreffender Stelle daraufhin gefragt, ob er auf Grund dieses Briefes etwa seine Mitarbeit am Organisationsausschuss verweigern müsse, hat das jedoch entschieden verneint und betont, er besitze keine Einwirkung in die Politik und betrachte seine Meinungsäußerung lediglich als die des Sachverständigen. Der weitere Verlauf der Dinge war nicht in der Form, in der er eingetreten ist vorauszu sehen, zumal man nicht wissen konnte, ob Reynolds diesen Brief zur Diskussion stellen würde. Weiter dürfte damit gerechnet werden, daß nach dem Zwischenfall der Entwicklung der Dinge, d. h. dem bisherigen Verlauf der Haager Konferenz, auch der Reichsbankpräsident selbst seinen Standpunkt vom 31. Dezember schwer an Ort und Stelle ändern würde und zwar umso mehr, als auch die Forderungen des erwähnten Briefes bereits eine Verminderung gegenüber dem bekannten Schacht'schen Memorandum darstellte.

### Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten.

Berlin. Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet: Unter Sonderberichterstatter im Haag hatte Gelegenheit, mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über seinen Standpunkt und die geklärten Vorgänge zu sprechen, wobei dieser unterrichtete, daß der den Vorgängen zu Grunde liegende Brief an Reynolds bereits 14 Tage alt war, also unmöglich als ein Eingriff in die Haager Verhandlungen oder als deren Beeinträchtigung empfunden werden könne. Es sei lediglich der Ausdruck seiner persönlichen Überzeugung mit Bezug auf die Grundlagen der Verhandlungen gewesen, die er für notwendig gehalten habe. Wie weit die politischen Möglichkeiten zu ihrer Durchschiebung reichten, gehöre weder zu den Kompetenzen des Reichsbankpräsidenten, noch zu denen des

gewiß Herrn Schacht bestimmt haben, seinen Standpunkt zu ändern. Andernfalls hätte er Gelegenheit genug gehabt, der deutschen Regierung rechtzeitig von seiner Absicht Kenntnis zu geben. Es wäre sogar seine Pflicht gewesen. Er hat aber bis zur letzten Stunde seine Pläne für sich behalten und wieder einmal hinter dem Rücken der deutschen Delegation Verbindung mit der ausländischen Presse gesucht, denn diese war bekanntlich zuerst in der Lage, von Einsparungen zu berichten, die Schacht machen werde.

Man kann die Haltung Schachts zurückführen: 1. auf persönliche Verärgerung, 2. auf die ihm gemordene politische Zurücksetzung, 3. aber auch auf seine politische Einstellung, die sich nach und nach immer mehr nach rechts entwickelt hat.

Die Sozialdemokraten waren es, die durch die 17 preussischen Stimmen auf dem Befehl des Ministerpräsidenten Braun Herrn Schacht zum Reichsbankpräsidenten gegen den zweiten Kandidaten Helfferich machten. Sie haben wenig Freude an ihrem Kandidaten gehabt. Er hat sich in letzter Zeit entschieden gegen die Sozialdemokraten ausgesprochen und in der Reichsbank ein System durchzuführen, das den Autokraten erkennen läßt, der in schärfster Absehung gegen die Republik steht.

Schließlich ist sachlich zu sagen: Die letzten Angriffe der Sozialdemokraten und ihre Forderung auf gründliche Änderung des Reichsbankstatutes haben die bereits vorhandene Spannung bis zur Krise getrieben. Diejenigen industriellen Kreise, die zunächst sich entschlossen hinter Schacht stellten, sind bereits wieder entschieden von ihm abgerückt, als sie erkannten, daß er den Steuerabbau vereitelt hatte und sich zum Finanzdiktator aufschwingen wollte. Jetzt wenden sie sich scharf gegen ihn. Die Mehrheitsparteien aber, die sich nicht in die sozialdemokratische Front gegen Schacht begeben wollten, haben jetzt bereits mit aller Schärfe zwischen sich und Schacht einen Trennungsfähig gezogen, nachdem sie in den letzten Tagen bereits schärfsten ebenfalls für die grundsätzliche Änderung des Reichsbankstatutes eingetreten sind. Herr Schacht befindet sich heute allein auf weiter Flur. Er ist der Propaganda des Reichsaus-schusses für das Volksbegehren geworden.

### Beschluß des Reichskabinetts zur Zollfrage.

Berlin. Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Erhöhung des Weizen- und Roggenzolls befaßt und sich damit einverstanden erklärt, daß durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Weizen Zoll auf 9 RM. und der Roggen Zoll auf 8,50 RM. erhöht wird. Zu dem Entwurf eines Warenmonopolgesetzes beschloß das Kabinett Doppelvotage, soweit es sich um die außerhalb des Monopols gelegene Eigenproduktion handelt.

Sachverständigen Dr. Schacht habe mit seiner Aktion als Sachverständiger, wie sie in dem bekannten Dezember-Memorandum niedergelegt sei, nicht unmittelbar zu tun; die Tatsache, daß dieser Sachverständige gleichzeitig Reichsbankpräsident sei, habe für die Beurteilung der sachlichen Grundlagen, die für das Schreiben des Reichsbankdirektoriums bestimmend waren, höchstens insofern Bedeutung gehabt, als er persönlich zugleich der Sachverständige und der Präsident der Reichsbank sei.

### Eine weitere Mitteilung Dr. Schachts.

Haag. Aus einer der Presse gemachten Mitteilung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht geht hervor, daß mit der jetzt von der deutschen Abordnung getroffenen gesetzlichen Mitwirkung der Reichsbank an der WZB die Frage der persönlichen Beteiligung des Reichsbankpräsidenten, seine Vertretung im Verwaltungsrat der WZB, um noch nicht endgültig geklärt seien. Reichsbankpräsident Dr. Schacht schein die Auffassung zu vertreten, daß die persönliche Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten an der WZB gleichfalls gesetzlich geregelt werden müßte. Die endgültige Entscheidung, ob der jeweilige Reichsbankpräsident solange diese Verpflichtung der persönlichen Mitwirkung bei der WZB auf sich nehme, oder nicht, müsse der Entscheidung des Reichsbankpräsidenten vorbehalten bleiben.

Das Schreiben des Reichsbankpräsidenten vom 30. Dezember ist, wie erneut festgestellt wird, von dem Direktorium der Reichsbank gebilligt worden und trägt auch die Unterschrift des Vizepräsidenten der Reichsbank.

### Die Mitarbeit der Reichsbank am Youngplan.

Haag. Der französische Finanzminister Chéron hat auf Grund der heutigen Unterredung mit dem Finanzminister Rodenhausen den noch in Paris weilenden Ministerpräsidenten Laval telegraphisch, daß auf Grund eines Beschlusses der deutschen Regierung, der von Dr. Schacht angenommen worden sei, die Reichsbank zu einer direkten und vertragstreuen Mitarbeit an der Durchführung des Youngplans bereit sei. Viele Mitarbeiter werde sofort eintriften, ohne die Veränderung des Reichsbankgesetzes abzuwarten. Die Reichsbank werde daher auch das im Youngplan vorgesehene Depot bei der WZB einlegen.

### Die Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Berlin. Der Strafrechtsausschuss des Reichstages führte die Beratung über die Strafrechtsreform bei dem Kapitel Ehrenschutz und Presse fort.

Nach dem Berichterstatter Dr. Well (Str.) wies als Minderheitsberichterstatter über die Verhandlungen des Unterausschusses Dr. Emminger (Wagr. S. S.) daraufhin, daß das Ergebnis des Unterausschusses ein mißbräuchliches Kompromiß darstelle. Was die Wahrnehmung berechtigter Interessen anlangt, so beziehe sich § 318 vornehmlich auf die Presse, der man allgemein das Recht zugebilligt habe, öffentliche Urteile bezw. Urteile zu kritisieren. Sensation, Verleumdung, persönliche Beschäftigung, Gefährdung, Angriffe wegen der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder Rasse solle kein berechtigtes Interesse darstellen; es müsse sich immer um ein anständiges Motiv handeln.

In der Abstimmung wurden die §§ 317 bis 323, die die ablehnen, die Wahrnehmung berechtigter Interessen, die Verleumdung und die Beleidigung behandeln, gemäß den Beschlüssen des Unterausschusses angenommen. Dagegen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, in das Einführungsgeleit Bestimmungen über ein Tatsachenfeststellungsverfahren aufzunehmen.

Nach § 324, der die Verletzung des Briefgeheimnisses behandelt, wurde unverändert angenommen.

### Indienststellung des Kreuzers „Rön“.

Berlin. Anlässlich der Indienststellung des Kreuzers „Rön“ richtete der Reichswehrminister folgenden Telegramm an den Kommandanten, Fregattenkapitän von Schroeder:

Kommandant, Offizieren und der Besatzung des Kreuzers „Rön“, der zum ersten Male Flagge und Wimpel führt, sende ich Grüße und wärmste Wünsche. Für alle Zeit glückliche Fahrt. Der Name des Schiffes erinnert an den ersten heldenmütigen Kreuzerstampfer des Weltkrieges in der Nordsee und verbindet die Reichsmarine mit der Hauptstadt der Weltmar, die in schwersten Zeiten treu und bedrohlich Wasserlande gestanden hat. Ein solcher Name verpflichtet. Möge die Besatzung sich seiner stets würdig erweisen.

Der Chef der Marineleitung übermittelte dem Kommandanten des Kreuzers „Rön“ folgenden drablichen Glückwunsch:

Unseres zweiten neuen Flottenkreuzers und seiner Besatzung gebührt es bei seiner ersten Indienststellung mit kameradschaftlichen Grüßen und Wünschen für stets glückliche Fahrt. Ich vertraue darauf, daß die neue „Rön“ die Flagge des Reiches ebenso in Ehren führen wird, wie einst die in ebensoviellem Kampfe vor dem Feinde gelandete erste „Rön“.